

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Preis-Aussage 15, 350.
Abonnementpreis viertel. 4 1/2, Halbj. 8, 12, 18, 24, 30, 36, 42, 48, 54, 60, 66, 72, 78, 84, 90, 96, 102, 108, 114, 120, 126, 132, 138, 144, 150, 156, 162, 168, 174, 180, 186, 192, 198, 204, 210, 216, 222, 228, 234, 240, 246, 252, 258, 264, 270, 276, 282, 288, 294, 300, 306, 312, 318, 324, 330, 336, 342, 348, 354, 360, 366, 372, 378, 384, 390, 396, 402, 408, 414, 420, 426, 432, 438, 444, 450, 456, 462, 468, 474, 480, 486, 492, 498, 504, 510, 516, 522, 528, 534, 540, 546, 552, 558, 564, 570, 576, 582, 588, 594, 600, 606, 612, 618, 624, 630, 636, 642, 648, 654, 660, 666, 672, 678, 684, 690, 696, 702, 708, 714, 720, 726, 732, 738, 744, 750, 756, 762, 768, 774, 780, 786, 792, 798, 804, 810, 816, 822, 828, 834, 840, 846, 852, 858, 864, 870, 876, 882, 888, 894, 900, 906, 912, 918, 924, 930, 936, 942, 948, 954, 960, 966, 972, 978, 984, 990, 996, 1000.

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Gobanischgasse 23.
Spezialdruck der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Anzeigen an Wochenenden bis 8 Uhr Nachmittags, an Samstagen und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Fällen für Inf. Annahme: Otto Krumm, Universitätsstr. 22, Louis Böhm, Rathhausstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

No 282.

Dienstag den 9. October 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Ende December d. J. kommt an unserer **Realschule I. Ordnung** die dritte **Pflichtlehrerstelle** mit dem Jahresgehalt von 1800 \mathcal{L} zur Verfügbung. Akademisch gebildete Bewerber, welche sich zur Unterrichtsleistung im **Deutschen, Lateinischen** und in der **Religion** eignen, wollen ihre Gesuche nebst Zeugnissen und einem kurzen Lebenslauf bis zum **10. December d. J.** bei uns einreichen.
Leipzig, den 5. October 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Wilsch, Refr.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Kolbe betrug die **Leuchtkraft** des städtischen Leuchtgases im Monat September d. J. annähernd das 14fache von der Leuchtkraft der Normalleuchte bei 0,493 spezifischem Gewicht.
Leipzig, den 6. October 1877.
Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Logisvermietung.

In dem Unversitätsgrundstücke Ritterstraße Nr. 6/7 ist die **zweite Etage**, bestehend aus **Vorhall, fünf Zimmern, zwei Alkoven, drei Kammern, Küche und Speisekammer**, nebst **Boden- und Kellerräumen** und übrigen Zubehör, vom 1. April 1878 an auf drei Jahre anderweit zu vermieten.

Mietinteressenten werden hiermit eingeladen, in dem zur Vermietung dieser Wohnung am **Sonntag den 13. October d. J., Vormittags 11 Uhr**, angelegten Termine im **Universitäts-Rentamt** (Paulinum) sich einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Die Auswahl unter den Candidaten und die Entschliebung in der Sache überhaupt bleibt vorbehalten.
Leipzig, am 3. October 1877.

Universitäts-Rentamt.
Graß.

Leipzig, 8. October.

Das politische Tagesgespräch und den Hauptgegenstand der Discussion in der deutschen Presse bildet noch immer der **Loast**, den Herr v. Bennigsen neulich in Hannover gehalten hat. Wir haben die betreffenden Aeußerungen bereits commentirt und zunächst die Deutung abgewiesen, als ob der Führer der Nationalliberalen eine Linkswendung seiner Partei und den Beginn einer oppositionellen, in der Richtung der Fortschrittspartei sich bewegendem Politik hätte ankündigen wollen. Zu beachten ist namentlich noch, daß Bennigsen mit seinen Worten weniger auf die Stellung der Parteien im Reich als auf die innere Lage in Preußen gezielt und besonders die Hemmnisse im Auge gehabt hat, die sich dort der Fortführung der Verwaltungsreform entgegenstellen. Die „Post“ giebt, indem sie die Rede bespricht, ziemlich deutlich zu verstehen, daß man in Regierungskreisen an eine Einführung der Reform denkt. Das würde natürlich einen tiefgreifenden Stillstand auf diesem wichtigen Gebiete bedeuten; eine Rückwirkung auf die übrigen Zweige des Staatslebens würde nicht ausbleiben und die nationalliberale Partei könnte nicht Ja dazu sagen. Die „National-Ztg.“ erwidert denn auch rund heraus: „Daß man die Dinge auf dem Punkte belassen sollte, wo sie liegen — freilich die wohlfeilste Weisheit — wäre die allerpraktischste. Im Erste kann keine Regierung so etwas dem Lande zumuthen und die Spitze einer solchen Politik könnte sich nur gegen diejenigen wenden, die sich nun ihrem eigenen Werk gegen über hülflos belassen wollten.“ — Diese Worte einschließender Aeußerer richten sich aber zunächst nicht gegen die Regierung, sondern gegen die „Post“, die manchmal höherer Inspiration, manchmal aber auch nur der eigenen unmaßgeblichen Meinung folgt. Was die Regierung plant, ist noch nicht klar gestellt, vielleicht in ihr selbst noch nicht geklärt und abgeschlossen. Zu einer so wichtigen Sache Stellung zu nehmen, wäre — wie wir bereits hervorgehoben — mindestens sehr mißlich. Daß in den maßgebenden Kreisen Berlin in letzter Zeit Verschiedenes vorgegangen, was auf veränderten Wind hindeuten schien, läßt sich freilich nicht leugnen. Die „Rheinische Zeit.“ weiß darüber Folgendes zu erzählen:

Ueber die Meinungsverschiedenheiten des Fürsten Bismarck mit dem Handels-Minister Herrn Rosenbach ist in den letzten Tagen so viel gesprochen worden, daß wir daraus nicht zurückkommen wollen. Rosenbach soll auch mit dem ihm neuerdings zugewiesenen Unter-Staatssecretair Herrn Ranbach, dem früheren Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamtes, nicht im völligen Einvernehmen stehen. Er ist ein geschickter, wohlunterrichteter und sehr eifriger Mann, aber findet es nicht leicht, seinen schwierigen Posten auszufüllen. Premier brille au second rang qui s'eclipse au tout.

Der Minister des königlichen Hauses, Freiherr v. Schleinitz, ist keineswegs einverstanden mit dem ihm vor einiger Zeit durch den „Reichs-Anzeiger“ erteilten Beweise, hat aber beim Staats-Ministerium keine Abhilfe erlangen können. In dessen ist seine Stellung, seit er sich von den auswärtigen Angelegenheiten zurückgezogen hat, eine so abgesonderte, daß jenseit keine Drossellamine keine Folgen haben kann.

Schwerer sind die Sorgen, die auf dem Haupte des Cultus-Ministers Herrn Hall lasten. Im Kampfe mit der römischen Hierarchie kann er sich zwar auf den Mann verlassen, der nicht nach Canossa gehen will, und so sehr wir uns Alle nach dem Ende des Culturkampfes sehnen, kann es zwischen Staat und Kirche doch nicht eher zum Frieden kommen, als bis die Bischöfe die Staats-gesetze anerkennen. Größere Schwierigkeiten bereiten dem Unterrichts-Minister die Angelegenheiten der evangelischen Kirche. In ihrem Schooße bekämpfen sich die freisinnige und orthodoxe Partei mit steigender Festigkeit, und die Mittelpartei findet es schwierig, auch nur einen äußeren Frieden zu erhalten.

In den oberen Regionen scheint auch in den kirchlichen Angelegenheiten eine conservative Strömung zu herrschen und in den volkswirtschaftlichen Angelegenheiten eine schützjöllnerische. Einen Hinweis davon liefern die Verhandlungen mit Oesterreich über den Handelsvertrag, die von Ranchem schon als gescheitert betrachtet werden. Man wird vielleicht sagen: „Was ist dabei zu verwundern? Die Schützjöllnerpartei in Oesterreich ist so mächtig, daß die dortige Regierung ihrer nicht Herr werden kann, und so ist es weder auffallend, noch sehr zu bedauern, daß die Verhandlungen ins Stocken geraten sind.“ Aber so steht die Sache nicht. Nach übereinstimmenden Nachrichten, die man aus Wien und Berlin erhält, soll die österreichische Regierung in denjenigen Punkten, die uns am meisten am Herzen liegen (Berechnungsverkehr, Eisen u. s. w.) schließlich nachgegeben haben und die Schwierigkeit nur darin liegen, daß die deutsche Regierung die von Oesterreich geforderten Erleichterungen des Verkehrs nicht gewähren will. Oesterreich verlangt nämlich die Herabsetzung des jetzt bestehenden Zolls von 8 \mathcal{L} für den Centner auf 3 \mathcal{L} oder wenigstens auf 5 \mathcal{L} . Deutschland besteht dagegen auf dem gegenwärtigen Zolle. Oesterreich verlangt ferner das Aufheben des Schweinezolls. Deutschland will ihn beibehalten und will überdies freie Hand behalten, einen Zoll auf Getreide zu legen. So wird von gewöhnlich unterrichteter Seite über die Sache berichtet. Es soll uns sehr lieb sein, wenn die Nachrichten sich als irrig erweisen. Kornzölle! Wer die lange Geschichte der Kornzölle und ihrer Aufhebung in England kennt oder sie gar als Mitlebender durchgemacht hat, der wird es schier für unmöglich ansehen, daß dort oder gar bei uns in Deutschland Kornzölle wieder eingeführt werden. Man braucht noch lange kein Freihändler zu sein, um sich einverstanden zu erklären mit dem großen Grundsatze, auf welchem die Welt'sche Befreiung von 1842 und 1846 beruht, nämlich, daß jede Zollgesetzgebung verwerflich sei, in welcher die nothwendigsten Lebensmittel, die Volksernährung (the food of the people) und vor allen Dingen das Brod des Volkes betroffen werden. Ein solcher volkswirtschaftlicher Rückschritt scheint uns unglücklich. Man will in dessen eine solche Idee in Verbindung bringen mit dem Gedanken einer Reuebildung der conservativen Partei, und zwar auf Grund der neuerdings wieder beliebt ge-

wordenen Schützjölle. Die Großgrundbesitzer sollen gewonnen werden durch Schützjölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und dafür Schützjölle auf Eisen u. s. w. zugehen. Abgesehen von allen anderen übeln Folgen, würde durch einen solchen Sieg der Schützjöllnerpartei auch die Stellung anderer Finanz-Ministers Camphausen erschüttert werden, der ja erklärt hat, er werde mit dem Freihandel stehen und fallen. Wir können es also nicht glauben, wenn hier und da behauptet wird, auch Camphausen sei schon halb und halb gewonnen für Zugeständnisse an die Schützjöllner. Ist es doch noch nicht lange her, daß unsere Schützjöllner eine starke parlamentarische Niederlage erlitten haben. Der Landtag wird eben so wenig wie der Reichstag geneigt sein, wesentlich abzugeben von den Grundsätzen eines gemäßigten Freihandels, der in Preußen seit 1818 zum Segen des Landes geherrscht hat. Wir möchten glauben, daß man den hier und da auftauchenden Gelüsten dieser Art eine zu große Bedeutung beilegt, und von der neu zu bildenden conservativen Wehrheit ist so viel gesprochen worden, daß wir auf dieses Gerede nachgerade wenig Werth legen. Es wäre freilich zu wünschen, daß unser großer Staatsmann wie Graf Casimir von Haas aus Nationalökonomie und überlegter Freihändler gewesen wäre, dann würden solche Dilettanten, wie Wagener unseligen Andenkens, nicht hin und wieder einen bedenklichen Einfluß auf seine Anschauungen gewonnen haben. Vorläufig glauben wir, daß unsere Schützjöllner und unsere Conservativen sich täuschen, wenn sie glauben, sie würden nachstens wieder das Heft in Händen haben. Allen Gerüchten, die ein hingeworfenes Wort erzeugt haben mag, legen wir weniger Werth bei, als der verbürgten Nachricht, daß unser Reichkanzler nach unlängst einem Führer der nationalliberalen Partei erklärt hat, daß er sich auch ferner auf die national-liberale Partei stützen werde.

Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß in der That Ranchem vorgefallen sein mag, was uns mahnt, die Augen offen zu halten; nur müssen wir uns vor Uebertriebung und überrechten Schlagfolgerungen hüten.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 8. October.
Nach dem „Montagsblatt“ geht in dem dem Minister des Innern nahestehenden Kreisen das Gerücht um, Graf Calenberg werde demnächst mit Rücksicht auf sein körperliches Befinden eine längere Urlaubreise nach dem Süden antreten. Dieser „Urlaub“ werde der erste Schritt zu dem Rücktritt dieses dauerhaften der preussischen Minister sein. Wir wissen nicht, was an diesem Gerüchte Wahres ist.

Von der im Mai d. J. stattgehabten Kaiserreise nach Elsaß-Lothringen erzählt man nachträglich eine interessante Aeußerung des Kaisers. Bei der großen Vorstellung der Behörden u. in Reg. äußerte sich Kaiser Wilhelm insbesondere zu den von den Königen von Belgien und Holland zu seiner Beerdigung abgeordneten Vertretern u. A. folgendermaßen: „Er, der Kaiser, habe sich den ihm in Reg. zu Theil gewordenen Empfang gerade so vorgestellt, wie dies der Fall gewesen. (Die Franzosen hatten bekanntlich meist ihre Löden geschlossen, während ihm die Deutschen die glänzenden Ovationen bereiteten.) Dies finde er auch ganz natürlich, denn man könne doch von der französischen Bevölkerung in Lothringen nicht verlangen, daß sie ihre Nationalität abstreife, wie man etwa einen Donchsuh anziehe. Nach seiner Ansicht würden an hundert Jahre vergehen, ehe in Lothringen eine deutsche fühlende und denkende Generation herangewachsen sein werde.“

Zum Fall Hockbach wird offiziell mitgetheilt: Die Entscheidung erster Instanz wird demnächst dem Gemeindekirchenrath von St. Jacobi zugewandt, dem dann der Recurs an den Oberkirchenrath freisteht. Erst wenn die Nichtbefähigung durch das Kirchenregiment rechtskräftig geworden ist, kann die Frage nach Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen Prediger Hockbach wegen Irreführen entstehen. Jedenfalls wird aber durch

die fast einstimmig in erster Instanz erfolgte Nichtbefähigung, welche, wie zu erwarten steht, auch in zweiter Instanz aufrecht erhalten werden wird, auch keine der Beweis geliefert, daß nach dem bestehenden Recht Anschauungen wie die des Predigers Hockbach sich mit dem Lehramt der evangelischen Kirche nicht vertragen und daher von den Kanzeln ausgeschlossen sind.

Eine in Petersburg lebende Persönlichkeit, welche mit den russischen Verhältnissen vertraut ist, giebt der „Nordd. Allg. Zeitung“ einen eingehenden Rück- und Ueberblick auf die Kriegereignisse. Nach demselben sind Ignatieff und der russische Kriegsminister die Hauptträger der irdigen Schätzung gewesen. Kaiser Alexander persönlich fand sich auf eine größere Kraftentwidelung als die von ihnen proponirte zu bringen veranlaßt und der ursprüngliche Rechnungsfehler wurde gleich nach dem Ausbruch des Krieges sowohl an der Donau als in Asien bis zur Evidenz nachgewiesen. Auf dem europäischen Kriegsschauplatz legten dafür successive Mobilisirungen genügenden Zeugnis ab.

Das nunmehr bekannt gewordene Wahlprogramm Gambetta's betont, Frankreich stehe im Begriff, sich darüber auszusprechen, wie es über das gegenwärtige Cabinet und die der persönlichen Politik des Staatsoberhauptes entsprechenden Handlungen desselben, sowie über die nicht zu rechtfertigende Auflösung der letzten Deputirtenkammer denke. Frankreich wolle die Republik als diejenige Regierung, die für dasselbe nothwendig sei, Frankreich wolle nicht die „moralische Ordnung“, sondern die republikanische Ordnung begründen, Frankreich werde aussprechen, daß es sich der Herrschaft der Reaction entziehen wolle und daß es eine Dictator-Politik verwerfe, die dem zum Candidaten eines Plebiszits umgewandelten Chef der Exekutivgewalt keine andere Wahl lasse, als diejenige, sich zu unterwerfen oder sein Amt niederzulegen.

Wegen dieses Wahlprogramms ist gegen Gambetta ein abermaliges gerichtliches Vergehen in Aussicht genommen; zur Verhinderung der Verbreitung des Wahlprogramms sollen jedoch keine Maßregeln angeordnet sein.

Grödy hat ein offenes Schreiben an die Wähler des 9. Arrondissementes in Paris gerichtet, in welchem er die Deputirtenkammer vertheidigt und die gegen dieselbe erhobenen Vorwürfe widerlegt. Grödy stellt zugleich darin einen Vergleich an zwischen der gegenwärtigen Verbindung der drei dynastischen Parteien und der Verbindung, welche dieselben im Jahre 1849 eingegangen waren und führt aus, daß diese Parteien, wie im Jahre 1849, eine Revision der Verfassung vornehmen wollen und daß dies mit einer republikanischen Kammer sich nicht ermöglichen lasse.

Eine Privatdepesche der Augsburger „Allg. Ztg.“ meldet aus Paris, 6. October: Man hat hier positive Nachrichten, daß von italienischer Seite an der französischen Grenze eifrig an Befestigungen gearbeitet wird. Feststellungen sowie die Forts von Grillo und Binadio werden stark ausgebaut und mit neuen Geschützen versehen.

Der „Balt“, augenblicklich wohl das leitende Blatt in Konstantinopel, bringt einen ausführlichen Artikel über die Friedensgerüchte, der nach dem Zeugnis eines Correspondenten der „R. Z.“ in Pera die Bestimmungen der überwiegenden Volksmehrheit mit wahrhaft photographischer Treue zum Ausdruck bringt. Der bemerkenswerthe Artikel lautet im Wesentlichen wie folgt: „Die Nachrichten, welche wir unseren Lesern heute als ganz zuverlässig mittheilen können, beziehen sich auf einen ewigen Frieden, und gehen darauf hinaus, daß Oesterreich und England es für nöthig gefunden haben, nach stattgehabter Verständigung die kriegführenden Theile schließlich des Friedens zu sondiren. Bei den Russen sind diese Schritte im Großen und Ganzen günstig aufgenommen worden und haben den vollen Beifall der Regierung des Czaren gefunden. Die Türkei ihrerseits hat nur eine bedingungsweise Antwort erteilt: können, da der Wunsch des Sultans, wonach die etwaige Grundlage eines Friedens nur festgestellt werden könne, daß die Substanz nicht